

Pressemitteilung 18/2024

Halle (Saale), den 18.06.2024

IWH: Sechs-Punkte-Plan zur grünen Transformation

Die Politik sollte die richtigen Leitplanken setzen, damit Preisanreize eine effiziente und kostengünstige Energiewende ermöglichen. Das fordern Reint Gropp und Oliver Holtemöller, Präsident und Vizepräsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), in einem heute veröffentlichten Strategiepapier zur grünen Transformation.

Die Europäische Union (EU) und Preisanreize sind nach Einschätzung des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) die wichtigsten Treiber für die grüne Transformation. Um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen, sollte dort CO₂ eingespart werden, wo dies am kostengünstigsten innerhalb der EU möglich ist. Energieerzeugung und -verbrauch sollten daher nicht kleinteilig reguliert werden, schreiben Reint Gropp und Oliver Holtemöller, Präsident und Vizepräsident des IWH. Ihr heute (18.06.2024) veröffentlichtes Strategiepapier empfiehlt sechs aufeinander abgestimmte Punkte, die nur als Paket wirksam sind:

(1) Laut Gropp und Holtemöller sollten die **Klimaziele der EU** Maßstab auch der deutschen Politik sein. Derzeit gelten in Deutschland ehrgeizigere Ziele, nämlich eine niedrigere Treibhausgas-Obergrenze und ein früheres Erreichen der Klimaneutralität. Das sei falsch: „Ehrgeizigere Ziele in Deutschland führen zu keiner Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen, sondern nur zu einer ungleichen Verteilung der Anpassungslast innerhalb der EU“, schreiben die IWH-Ökonomen.

(2) Die Treibhausgas-Obergrenze bestimmt die Menge der **CO₂-Zertifikate**, mit denen Unternehmen und indirekt die Haushalte für ihren Kohlendioxid-Ausstoß zahlen. Die Menge der Zertifikate sollte jährlich abnehmen, und zwar langfristig vorgegeben, damit Unternehmen und Bürger sich darauf einstellen können. Somit steigt zunächst der **CO₂-Preis**. Haben alle Sektoren auf eine überwiegend CO₂-freie Energieversorgung umgestellt, sinkt der Preis. Der Zertifikatehandel sollte europäisch und sektorübergreifend erfolgen, was ab 2027 geplant ist. „Dies sollte von der Bundesregierung ausdrücklich unterstützt und kommuniziert werden“, empfiehlt das IWH.

(3) Die steigenden CO₂-Kosten bieten Anreize für Unternehmen, die Produktion ins Ausland zu verlagern. Dem wirken **EU-weite Klimazölle** entgegen, die ab 2026 gelten sollen: Je größer der CO₂-Fußabdruck eines Produkts, desto höher der Zoll. „Es muss klar kommuniziert werden, dass selbst eine Klimapolitik auf EU-Ebene nur mit Klimazöllen eine effektive Wirkung auf den globalen Ausstoß von Klimagasen haben kann“, fordern Gropp und Holtemöller.

(4) Deutschland sollte mehr **klimaneutralen Strom** produzieren. Denn der Stromverbrauch wird durch die Elektrifizierung von Mobilität und Heizungen bis 2030 um etwa 50% zunehmen. Die steigende Nachfrage können selbst mehr Windräder und

ohne Sperrfrist

Pressekontakt
Rafael Barth
Tel +49 345 7753 832
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Prof. Reint Gropp, Ph.D.
Tel +49 345 7753 700
reint.gropp@iwh-halle.de

Politische Ressorts
Bundesministerium für Wirtschaft
und Klimaschutz (BMWK), Bundes-
ministerium der Finanzen (BMF),
Bundesministerium der Justiz (BMJ),
Bundeskanzleramt

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)

Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Solarzellen nicht decken, erst recht nicht wegen des gleichzeitigen Ausstiegs aus der Kohleverstromung. Weitere Energiequellen sollten genutzt werden. Aus Klimaperspektive sollte auch Atomkraft in Betracht gezogen werden.

(5) Das Tempo beim technischen Fortschritt und beim Ausbau erneuerbarer Energien ist selbst unter besten Voraussetzungen wahrscheinlich zu gering, um die Klimaschutzziele komplett zu erreichen. Deshalb sollten **Forschung und Entwicklung** von Energieeffizienz und -innovation stärker gefördert werden. Dazu gehören auch Technologien, mit denen Kohlendioxid aus der Atmosphäre geholt werden kann.

(6) Der Strukturwandel der grünen Transformation kann zu **sozialen Härten** führen. Der Staat sollte sie innerhalb des bestehenden Sozialsystems abfedern. Allerdings sollten staatliche Hilfen nur bedürftigen Haushalten zugutekommen und Subventionen nur an Unternehmen fließen, wenn deren Zahlungsbereitschaft für CO₂-Zertifikate gewahrt bleibt.

„Unsere Strategie setzt ein positives Signal: Wir können die grüne Transformation meistern, und zwar zu relativ niedrigen Kosten, wenn die Politik diese sechs Punkte – und nur diese Punkte – umsetzt und sie vorausschauend kommuniziert“, sagt IWH-Präsident Gropp.

Veröffentlichungen:

Reint Gropp, Oliver Holtemöller: [Sechs Punkte für eine effiziente grüne Transformation](#). IWH Policy Notes 2/2024. Halle (Saale) 2024.

Reint Gropp, Oliver Holtemöller: [Ein Plan zur grünen Transformation](#). Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 17. Juni 2024, S. 16.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Reint Gropp, Ph.D.
Tel +49 345 7753 700
reint.gropp@iwh-halle.de

Pressekontakt

Rafael Barth
Tel +49 345 7753 832
presse@iwh-halle.de

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)
Tel +49 345 7753 60
www.iwh-halle.de



Das IWH auf [X \(Twitter\)](#)



Das IWH auf [LinkedIn](#)



Das IWH auf [Facebook](#)

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle des IWH](#).

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 97 eigenständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.